Heute „ULK"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 10 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Wochenblatt „ULK", Sonnabends „Haus und Garten". Man abonniert bei all. Postanstalt Deutschlands, d. Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. M. 400.— einschl. Zustellung. Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. M. 400.— bei tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben auf Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. Filialen. (Sprechz.: Dönhoff 5440—5455, f. d. Fernverkehr 4207—4209.) Tel.-Adr.: „Berlibla", Berlin. — Rudolf Mosse-Konto: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillstr. 7; Weißensee: Streustr. 136; Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 40.—, Todesanzeigen M. 25.—, Nachrufe nach übl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt. Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmt. Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 90; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40/41; Moritzplatz; Kgnpatz. Str. 67/68; Nathenaw. Str. 5; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochannstr. 9; Dr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Wilhelmstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 19; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hennigstenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Borsholmer Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Straße 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillstr. 7; Weißensee: Streustr. 136; Wilmersdorf: Uhlandstr. 86; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 463

Freitag, 13. Oktober 1922

51. Jahrgang

Poincarés Außenpolitik vor der Kammer.

Der erste Tag der Interpellationsdebatte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 12. Oktober.

Senat und Kammer wurden heute nachmittag eröffnet. Im Senat sprach der Präsident Léon Bourgeois, in der Kammer Manuel Péret die üblichen Gedächtnisworte für die während der Ferien verstorbenen Mitglieder der beiden Parlamente. Dann wurde in der Kammer die Tagesordnung festgesetzt und auf Wunsch des Ministerpräsidenten beschlossen, von den 46 Interpellationen, die vorliegen, zunächst alle diejenigen zu erledigen, die sich auf die äußere und die allgemeine Politik der Regierung beziehen. Der erste Redner ist der Radikalsozialist Margaine. Er bezeichnet als die wichtigsten Ereignisse, die sich seit Beginn der Ferien zugetragen haben, die Zahlungsverweigerung Deutschlands und die griechische Niederlage in Kleinasien. Jedes dieser Ereignisse habe die Stellung Frankreichs zu seinen Verbündeten stark beeinflußt. Der Gedanke an Revanche, der im deutschen Volke immer stärker werde, könne natürlich nicht ohne Wirkung auf die französische Politik bleiben, aber deshalb sei die französische Politik nicht imperialistisch, wie mit Unrecht gesagt werde. (!) Leider habe sich die bisherige Politik der Regierung gegenüber Rußland, Polen und der kleinen Entente als falsch erwiesen. Die Außenpolitik im Saargebiet sei den Interessen Frankreichs recht günstig. (!) Margaine spricht davon, daß die lothringische Bevölkerung sich den Deutschen zu nähern beginne, während auf der anderen Seite der treue Verbündete durch die Politik des Ministerpräsidenten von Frankreich getrennt würde. Der Redner beginnt von der Zurückziehung der französischen Truppen von Tschanak zu sprechen, was Herrn Poincaré zu einer Unterbrechung mit folgenden Worten Anlaß gibt: „Dies war eine Initiative, die ergriffen zu haben, mir zur Ehre gereicht; sie trug wesentlich zur Aufrechterhaltung des Friedens bei."

Paris, 12. Oktober. (E. E.)

Nach Margaine spricht der Abgeordnete Albert Fabre. Er erklärte: „Die allgemeine Regierungspolitik hatte seit neun Monaten den Nachteil, daß Frankreich in eine heikle Lage geriet und der Frieden gefährdet wurde. Was die Reparationsfrage betrifft, so setzte Poincarés Selbstbewußtsein seinen Ehrgeiz darein, sofort Erfolg zu haben, wo seine Vorgänger Mißerfolg ernteten. Da dieser Erfolg aber ausblieb, so ersetzte er den Mangel an Ergebnissen mit der Brutalität seiner Haltung. Heute ist die Lage so: Hält der Ministerpräsident es für möglich, daß Deutschland die Gesamtheit seiner Schulden bezahlen kann?" Fabre verneint diese Frage. Wenn dem aber doch so sei, warum sollte man dann nicht den Mut haben, dies dem Lande zu sagen. **Neue Zugeständnisse seien notwendig,** besonders in der Frage der Pensionszahlungen. In Frankreich müsse die Wahrheit darüber verbreitet werden, daß Frankreich gezwungen sei, seine Ansprüche zu ermäßigen. Man müsse dem Lande die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands klarlegen. England und die Vereinigten Staaten würden Frankreich nur dann seine Schulden erlassen, wenn sie sehen würden, daß dies in ihrem Interesse läge.

Bradburys neuer Plan vor der Reparationskommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 12. Oktober.

Der „Temps" bestätigt, daß die Reparationskommission sich mit einem neuen Vorschlage Sir John Bradburys zur Sanierung der deutschen Finanzen zu beschäftigen hat. Ueber die Einzelheiten dieses Planes wird die strengste Diskretion gewahrt, damit er nicht durch falsche Informationen oder durch eine Polemik in der Presse entstellt werde. Nur soviel soll gesagt werden, daß Sir John Bradbury eine Kontrolle von größerer Strenge, aber gleichzeitig ein längeres Moratorium zu erreichen wünscht. Am 3. August schlug Sir John Bradbury vor, Deutschland alle Barzahlungen in fremden Devisen bis zum Ende des Jahres 1922 zu erlassen, und erklärte gleichzeitig, daß er die Verlängerung des Zahlungsaufschubs um weitere zwei Jahre für nötig halte. Diesen Vorschlag hat Sir John Bradbury nach dem „Temps" am Dienstag wieder aufgenommen, aber mit einigen Einzelheiten, die der neuen Sachlage angepaßt sind. Die „Liberté", die gleichfalls über die Situation in Deutschland spricht, hält alle Pläne, die einen Aufschub oder eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen vorsehen, für illusorisch, solange nicht mit eiserner Hand die deutsche Wirtschaft in Ordnung gebracht werde. „Es genügt nicht mehr, wenn es gelingt, das im Auslande versteckte deutsche Kapital wieder hereinzuholen. Wenn Deutschland geholfen werden soll, müssen Millionen von Deutschen dazu gezwungen werden, mehr zu arbeiten, weniger auszugeben und jeden überflüssigen Luxus zu vermeiden (!). Wenn die Brüsseler Konferenz nicht von dieser elementaren Wahrheit ausgeht, wird sie nichts Vernünftiges erreichen."

Koalitionsperspektiven in England.

Die Haltung der Parteien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 12. Oktober.

Die politische Krise in England wird jeden Tag ernster und wird wahrscheinlich von größter Bedeutung für die Zukunft des englischen Parteiwesens werden. In politischen Kreisen scheint jedermann davon überzeugt zu sein, daß die Koalition in ihrer jetzigen Gestalt sich nicht lange mehr aufrecht erhalten lassen wird. Die „Times" sind sogar der Ansicht, daß das Parlament aufgelöst werden wird. Die Minister selbst wollen jedoch warten, bis die Orientfrage in der Hauptsache gelöst und die irische Verfassung, die jetzt im Parlament in Dublin verhandelt wird, auch vom englischen Kabinett ratifiziert worden ist. Die große Frage ist, was die Unionisten tun werden. Nach den „Times" und der „Morning Post" ist es ziemlich sicher, daß sie einen Antrag gegen die weitere Unterstützung der Koalition einbringen werden. „Daily Telegraph" erfährt, daß Lloyd George in diesem Falle sofort zurücktreten würde, sodaß die Unionisten dann allein regieren müßten. Sicher ist, daß beide Koalitionsparteien, die Unionisten und die Nationalliberalen, die sich Anhänger Lloyd Georges nennen, bei den Neuwahlen jede für sich kämpfen werden.

Was wird nun nach den Neuwahlen geschehen? Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Konservativen wohl wieder als stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervorgehen, besonders wenn sie die Einheit der Partei gerettet haben, was jedermann erwartet. Eine absolute Mehrheit werden sie jedoch wohl kaum erreichen, so daß zur Bildung einer Regierung kein anderes Mittel übrig bleiben wird, als eine neue Koalition. Mit wem? Lloyd George wird für viele Unionisten während des Wahlfeldzuges ohne Zweifel zum Sündenbock der Koalition gemacht werden. Immerhin ist sicher, daß, wie auch Lloyd George selbst denken mag, die meisten Liberalen, die ihm jetzt treu geblieben sind, nur noch sehr wenig von einer engeren Zusammenarbeit mit der so viel stärkeren konservativen Gruppe halten. Vor acht Monaten bereits, als die Unversöhnlichkeit sich zum ersten Male bei den Unionisten bemerkbar machte, haben sie auf den Rücktritt Lloyd Georges gedrängt. Wie man weiß, hat damals der Premierminister sich in der Tat in einem Brief an Chamberlain bereit erklärt, zurückzutreten, ist dann aber auf Drängen Chamberlains geblieben, zur großen Enttäuschung vieler Koalitionsliberaler. Es bleibt den Unionisten vielleicht noch die Möglichkeit einer anderen Koalition mit den Liberalen der Grey-Gruppe, die sozusagen den rechten Flügel der unabhängigen Liberalen bilden. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob Grey genügend Anhänger hat, um den Unionisten die nötige Anzahl von Stimmen zu bringen, die für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit erforderlich sind. Auch eine andere Kombination, die der „Manchester Guardian" in Aussicht stellt, wäre allerdings möglich: nämlich ein Zusammengehen der Arbeiterpartei mit den wiedervereinten zwei liberalen Parteien. Clynes erklärt, daß die Arbeiter vor den Neuwahlen mit keiner einzigen bürgerlichen Partei zusammengehen wollten, nach den Wahlen sich jedoch wohl dazu entschließen werden. Was die Koalitionsliberalen betrifft, so unterscheiden sie sich in keinem wesentlichen Punkte von den Unabhängigen.

Die einzige Schwierigkeit bildet die Person Lloyd Georges. Was dieser tun wird, weiß noch niemand. Jedoch steht nach dem „Manchester Guardian" fest, daß er sich keinesfalls mit den Unionisten verbrüdern wird, wie es Chamberlain 1892 getan hat. Hinsichtlich der Möglichkeit eines Zusammengehens der Arbeiterpartei mit den Koalitionsliberalen ist die Erklärung Mc. Curdys, einer der „Whips" der Koalitionsliberalen, nicht ohne Bedeutung. Er sagte, daß die Arbeiterprobleme möglichst bald wieder ganz in den Vordergrund treten müßten. Wenn einmal die Orientfrage geregelt sei, dann sollten die Politiker sich wieder dem Arbeitslosenproblem zuwenden. Es müsse ein großzügiger Plan sozialer Sicherheit gegen das Elend durchgeführt werden. Nach den Londoner Blättern dürfte die Erklärung Mc. Curdys von Lloyd George inspiriert sein. Sollte dieser vielleicht zu seiner Vorkriegspolitik zurückkehren und die Zeit seiner großen sozialen Gesetzentwürfe wieder zur Geltung bringen?

*

London, 12. Oktober. (W. T. B.)

„Evening Standard" zufolge unterstützen die konservativen Führer im Kabinett den Premierminister. Sie sollen ein Vertrauensvotum für Lloyd George angenommen haben, es herrsche jedoch die Ansicht, daß der übrige Teil der unionistischen Partei auf der im November stattfindenden Konferenz die Oberhand gewinnen werde.

Valuta und Teuerung.

Richtigstellungen. — Die verbotene Fakturierung in fremder Valuta. — Devisenspekulation und Zahlungsbilanz. — Das fehlende Devisentermingeschäft. — Der Schrei nach Hilfe. Ein Nachwort.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Die Erörterungen über das Teuerungsproblem, die in den letzten Wochen hier veröffentlicht wurden, haben mir eine Fülle von Zuschriften eingebracht, die einen Beweis für das brennende Interesse bilden, das in allen Bevölkerungsschichten diesen Fragen entgegengebracht wird. Von diesen Zuschriften beschäftigen sich die meisten mit der Währungsfrage. Dieses etwas geheimnisvolle Kapitel reizt ja die Projektenmacher ebenso, wie das Problem des Perpetuum mobile die technischen Erfinder. So gut gemeint diese Vorschläge sind, so unausführbar sind sie leider. Erst muß Produktion und Verbrauch der Volkswirtschaft ausgeglichen werden, ehe man eine Gesundung der Währung erhoffen kann. Der umgekehrte Weg, den die Erfinder neuer Geldsysteme einschlagen, ignoriert die Grundtatsachen der Volkswirtschaft in genau der gleichen Weise, wie die nach einem Perpetuum mobile Strebenden gegen unabänderliche Naturgesetze einen aussichtslosen Kampf führen. Auf diese Einsendungen, die mit Getreide- oder Kartoffelgeld oder durch Schaffung einer mehr oder minder phantastischen Rechnungseinheit der Papiergeldsündflut zu Leibe gehen wollen, kann hier natürlich nicht näher eingegangen werden, wohl aber halte ich es für angebracht, einer Gruppe von Zuschriften hier zu gedenken, die die Vorgänge an der Börse betreffen. Zuvor sollen jedoch zwei Richtigstellungen erfolgen:

Bei einer summarischen Aufzählung von Tatsachen, die den Rückgang der Leistungen der deutschen Wirtschaft illustrieren sollten, habe ich mitgeteilt, daß die Jahresleistungen der deutschen Eisenbahnen, nach Tonnenkilometern gerechnet, im Jahre 1921 nur 75 Prozent der Leistungen von 1913 ergeben. Diese Angabe findet sich häufig in der wirtschaftlichen Literatur, von sehr geschätzter Seite werde ich aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Betriebsleistungen der Reichseisenbahn nach richtiger Rechnung 85,3 Prozent der Vorkriegszeit ausmachen. Die Verkehrsnutzleistungen werden in der Eisenbahnstatistik auf 55,85 Milliarden Tonnenkilometer im Jahre 1921 berechnet, gegenüber 58,8 Milliarden in der Vorkriegszeit. Das ergibt sogar eine Leistungsziffer von 94,98 Prozent. Es scheint natürlich ein Widerspruch darin zu bestehen, daß die Eisenbahnen nur eine so geringfügige Verminderung ihrer Leistungen registrieren, während der Leistungsgrad der Gesamtwirtschaft bedeutend weiter hinter der Vorkriegsleistung zurückbleibt. Von sachverständiger Seite wird dieser Widerspruch dadurch erklärt, daß heute die Güter durchschnittlich 170 Kilometer transportiert werden müssen, während die Transportweite früher ein wenig über 100 Kilometer im Durchschnitt betrug. Man wird von dieser Berichtigung um so lieber Kenntnis nehmen, als sie sich gegen ein Argument wendet, das von den Anhängern der Privatisierung der Eisenbahnen immer wieder betont wird. Daß diesen Bestrebungen durch meine Ausführungen keine Unterstützung zuteil werden sollte, ergibt sich aus der Grundanschauung, auf der meine Ausführungen aufgebaut sind. Im übrigen ist aber zu bemerken, daß die Rechnung doch vielleicht nicht ganz so günstig aussieht, wenn man die Leistungen pro Kopf des Personals miteinander vergleicht, eine Frage, auf die aber hier nicht näher eingegangen werden soll. Eine Vereinigung von Handelsvertretern hat sich außerdem beschwert gefühlt durch eine beiläufige Bemerkung über die den normalen Bedarf übersteigende Zahl von in der Warenvermittlung tätigen Personen als Preiserhöhungsgrund. Ich hoffe, daß die Leser meiner Ausführungen mich nicht ebenso gründlich mißverstanden haben, wie der Vorstand der erwähnten Vereinigung. Meine Ausführungen sind selbstverständlich frei von jeder handelsfeindlichen Tendenz; andererseits sollte aber gerade der Handel in seinem eigenen Interesse sich nicht schützend vor jeden Biedermann stellen, der, ohne den Handel erlernt zu haben, in der Warenknappheit die Basis für eine überflüssige Vermittlertätigkeit gefunden zu haben glaubt. Solche Elemente sind tatsächlich „parasitär" und nur auf diese bezogen sind meine Bemerkungen.

Eine sehr bedenkliche Wirkung haben zweifellos die nun verbotenen Fakturierungen in fremder Valuta ausgeübt, weil sie eine schnelle Angleichung des inneren Wertes der Mark an ihren äußeren Wert bewirkten und außerdem dazu verführten, die fremden Valuten nicht nur als Wertmesser, sondern auch als Zahlungsmittel zu benutzen. Außerdem vermehrt sich durch diese Methoden der Devisenbedarf. Nehmen wir an, daß ein deutscher Spinner Wolle aus England importiert im Werte von 1000 Pfund. Wenn er das Garn an einen Weber verkauft, so entsteht daraus eine Forderung von 1200 Pfund und das fertige Tuch wird vom Großhandel mit sagen wir 1500 Pfund bezahlt. Da die drei an der Produktion des Tuches beteiligten Wirtschaftssubjekte jeder für seinen Teil Pfunde kaufen müssen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so entsteht tatsächlich eine Nachfrage nach 3700 Pfund. Berücksichtigt man ferner, daß das Produkt auf dem Wege vom Importeur